

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus



München, den 17.09.2018

## **Erinnerung an die Opfer des Völkermordes an den Armeniern und an anderen christlichen Volksgruppen des Osmanischen Reiches**

### **Antrag**

Die Stadtverwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Volksgruppen in München ein Konzept zu entwickeln, wie in München die Erinnerung an die Opfer des Völkermordes des Osmanischen Reiches an den Armeniern und anderen christlichen Volksgruppen gefördert werden kann. Ggf. sollte hier eine Förderung durch die Bundesregierung als Anschluss an die Resolution des Bundestages angestrebt werden.

### **Begründung:**

Der Bundestag hat im Juli 2016 eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich verabschiedet. Die Mitverantwortung des damaligen Deutschen Kaiserreiches wurde ausdrücklich festgestellt.

Deutsche Militärs und Diplomaten besetzten Schlüsselpositionen im militärischen und zivilen Staatsapparat des Osmanischen Reiches. 1913 waren fast 800 deutsche Offiziere zur militärischen Aufrüstung des Bündnispartners in Istanbul stationiert. Die damalige Deutsche Führung hat trotz vorliegender Kenntnisse und Informationen nichts dagegen unternommen, dass ihr enger Verbündeter, das Osmanische Reich, über 1,5 Millionen Menschen planmäßig ermordete.

Diese Mitverantwortung ist bis heute bei weitem nicht genug erforscht. Das Deutsche Reich war bestens über die Ereignisse informiert, doch duldeten die Verantwortlichen die Gewalt, um die politischen und militärischen Ziele des Reiches nicht zu gefährden.

Neben der Feststellung der Mitverantwortung des Deutschen Kaiserreiches fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf: „.... im Rahmen finanzieller Möglichkeiten auch weiterhin innerhalb Deutschlands Initiativen und Projekte in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kultur zu fördern, die eine Auseinandersetzung mit den Geschehnissen von 1915/1916 zum Thema haben“ \*

Eine „Initiative zum Gedenken“ könnte der Stadtrat der LH München anstoßen, denn die oben genannten „Geschehnisse“ beinhalten nicht nur die systematische Vertreibung und die Vernichtung der Armenier, sie schließt in der Zeit von 1914-1923 auch Massaker an ca. 353.000 Pontos-Griechen ein. Deportationen, Todesmärsche und Vertreibung mussten auch Angehörige anderer christlicher Volksgruppen wie z.B. der aramäisch-assyrischen und chaldäischen Minderheiten erleiden. In München leben viele Angehörige dieser verfolgten Volksgruppen.

Die Resolution des Deutsche Bundestages ist von dem Wunsch geprägt, durch Gedenken an den Völkermord zur Versöhnung zwischen den Völkern beizutragen.

Die in Deutschland lebenden Nachfahren der Überlebenden verbinden mit der Anerkennung große Hoffnungen. Sie haben hier seit vielen Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Neben ihrer Religion und Sprache ist auch die Erinnerung an den Völkermord ein Teil ihrer Identität – auch als deutsche Staatsbürger.

In anderen deutschen Städten, etwa in Stuttgart, Bremen, Braunschweig, Halle, Jena, Berlin-Mitte oder Kehl, sind eine Reihe von Gedenktafeln und Denkmälern aufgestellt worden. Für München sind verschiedene (sich nicht ausschließende) Formen der Erinnerung und des Gedenkens vorstellbar: ein Mahnmal im öffentlichen Raum, politische Bildungsarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Kunstprojekte, Forschungsaufträge etc. Ziel sollte es sein, das Erinnern lebendig zu erhalten und die Völker dabei zu unterstützen „über die Gräben der Vergangenheit hinweg nach Wegen der Versöhnung und Verständigung zu suchen“.\*

Wie die Armenier und die Griechen wünschen sich auch die Aramäer, Assyrer und Chaldäer eine historische Aufarbeitung der Ereignisse in der Bundesrepublik, die inzwischen wenigstens publizistisch eingesetzt hat. Es wäre ein Zeichen lebendiger Integrationspolitik allen ihnen einen Ort der Trauer zu schaffen und ein Zeichen gegen das Vergessen zu setzen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

### **Fraktion Die Grünen-rosa liste**

Initiative:

Gülseren Demirel

Dr. Florian Roth

Mitglieder des Stadtrates

\* Deutscher Bundestag, Drucksache 18/8613